

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht

Studies in Comparative Public Law

Band / Volume 3

**Überindividueller Umweltrechtsschutz
am Beispiel der altruistischen Verbandsklage
in der deutschen, griechischen und
europäischen Rechtsordnung**

Teilband I

Von

Eleftherios Dikaios



Duncker & Humblot · Berlin

ELEFThERIOS DIKAIOS

Überindividueller Umweltrechtsschutz
am Beispiel der altruistischen Verbandsklage
in der deutschen, griechischen und
europäischen Rechtsordnung

Studien zum vergleichenden Öffentlichen Recht

Studies in Comparative Public Law

Band/Volume 3

Überindividueller Umweltrechtsschutz
am Beispiel der altruistischen Verbandsklage
in der deutschen, griechischen und
europäischen Rechtsordnung

Teilband I

Von

Eleftherios Dikaios



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Bayreuth
hat diese Arbeit im Jahre 2016 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 2511-9648
ISBN 978-3-428-15250-6 (Print)
ISBN 978-3-428-55250-4 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85250-5 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

„Καὶ ἔλαβε Κύριος ὁ Θεὸς τὸν ἄνθρωπον, ὃν ἔπλασε, καὶ ἔθετο αὐτὸν ἐν τῷ παραδείσῳ τῆς τρυφῆς, ἐργάζεσθαι αὐτὸν καὶ φυλάσσειν.“ (Γεν, 2,15)

„Gott, der Herr, nahm den Menschen, den Er erschuf, und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“ (Gen. 2,15)

Danksagung

Ohne die unschätzbare Hilfe von verschiedenen Personen wäre die Anfertigung dieser Promotionsschrift nicht möglich gewesen. An dieser Stelle möchte ich daher meinen besonderen Dank nachstehenden Personen entgegenbringen. Für die fruchtbare, hilfsbereite Betreuung und Beratung gilt mein herzlicher Dank zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Wilfried Berg, sowie Herrn Prof. Dr. Markus Möstl, der Zweitgutachter dieser Arbeit war. Mein spezieller Dank gebührt Frau Dorothea Wischnat, ohne deren generöse Unterstützung in dieser beschwerlichen Zeit ein solcher Arbeitsumfang nicht hätte bewältigt werden können. Ich möchte auch Herrn Stephan Ruhland, Herrn Aurel Satlow, Herrn Markos Schinas sowie Herrn Steffen Hahn, Peter Medick und Frau Julia Spaderna danken für ihren hilfreichen Beitrag hinsichtlich der Durchsicht dieser Arbeit, vor allem aber für ihren freundlichen Beistand. Kraft und Mut zur Anfertigung und Vollendung dieses Werks haben mir bewusst und unbewusst zahlreiche Personen gegeben, wie Herr Assist. Prof. Dr. Thomas Papanastasiou und zahlreiche andere Personen, deren Namen es unmöglich wäre hier einzeln zu nennen. Mein ganz besonderer Dank gilt schließlich meinen Eltern, Panagiotis und Dimitra, sowie meiner Großmutter Panagiota, die mich trotz aller Hindernisse bis zum Ende dieser Strecke bedingungslos unterstützt haben.

Brüssel, im Januar 2018

Eleftherios Dikaios

Inhaltsübersicht

Band I

Vorbemerkung	1
---------------------------	---

1. Teil

Überindividueller Umweltrechtsschutz im deutschen Recht	13
--	----

Einleitung: Zur Problematik der Rechtsschutzdefizite im deutschen Umweltrecht .	15
---	----

1. Kapitel

Das Individualrechtsschutzsystem im deutschen Recht und seine Schwachstellen im Bereich des überindividuellen Umweltrechtsschutzes	27
---	----

A. Konzeptionen der Funktion der Rechtskontrolle in der deutschen Rechtsordnung	27
B. Das subjektive öffentliche Recht in der deutschen Rechtsordnung	31
C. Gesetzliche Grundlagen des deutschen Individualrechtsschutzsystems	81
D. Umfang des Umweltschutzes im Grundgesetz	98
E. Die Problematik des Drittschutzes im Bereich des materiellen Umweltrechts ..	113
F. Die Rechtsschutzproblematik im Bereich des umweltbezogenen Verwaltungsverfahrenrechts	174
G. Ausweitungstendenzen des Umweltrechtsschutzes	201

2. Kapitel

Umweltrechtsschutz durch die altruistische Verbandsklage des Bundesnaturschutzgesetzes	232
---	-----

A. Allgemeines	232
B. Formen der Verbandsklage	238
C. Die Entwicklung der altruistischen Verbandsklage im deutschen Recht vor der Einführung des neuen BNatSchG	242
D. Die altruistische naturschützende Verbandsklage auf Bundesebene	273

3. Kapitel

Umweltrechtsschutz im Rahmen des UmwRG	309
A. Zur Entstehung des UmwRG	309
B. Anwendungsbereich gem. § 1 UmwRG vom 21.01.2013	319
C. Zulässigkeits- und Begründetheitsvoraussetzungen der umweltschützenden VK gem. § 2 UmwRG vom 21.01.2013	340
D. Zur Anerkennung von Umweltschutzvereinigungen gem. § 3 UmwRG	415
E. Rügefähigkeit von Verfahrensfehlern nach § 4 UmwRG	424
F. Maßgaben zur Anwendung der VwGO (§ 4a UmwRG vom 21.01.2013)	486
G. Die Übergangs- und Überleitungsvorschrift (§ 5 UmwRG)	505
H. Die Novelle des UmwRG vom 29.05.2017	518
I. Sonderfragen hinsichtlich der Umweltrechtsschutzproblematik	534
J. Würdigung	551

4. Kapitel

Ausgewählte Vorlagebeschlüsse des EuGH als Wegweiser für die Erweiterung des nationalen überindividuellen Umweltrechtsschutzes	557
A. Das Trianel-Urteil des EuGH	558
B. Die slowakischen Braunbären-Urteile des EuGH	588

5. Kapitel

Tendenzen der deutschen Rechtsprechung zur Erweiterung des überindividuellen Umweltrechtsschutzes	626
A. Unterschiedliche Positionen hinsichtlich des Umfangs der Verbandsklagerechte	627
B. Das Grundsatzurteil des BVerwG vom 05.09.2013 – 7 C 21.12	631

6. Kapitel

Wege zum effektiven überindividuellen Umweltrechtsschutz auf nationaler Ebene	662
A. Allgemeines	662
B. Lösungsansätze im Rahmen des Bundesrechts	663

Band II

2. Teil

Überindividueller Umweltrechtsschutz im griechischen Recht 689

Einleitung: Ausgedehnter Umweltrechtsschutz als rechtliche Reaktion auf Umweltbeeinträchtigungen 691

1. Kapitel

**Verfassungsrechtliche Grundlagen des Rechtsschutzes
und des Umweltschutzes** 696

A. Der Art. 20 gr. V. als verfassungsrechtliche Grundlage des Rechtsschutzes im griechischen Recht 696

B. Rechtsgrundlagen des Umweltschutzes im Rahmen der griechischen Verfassung 701

2. Kapitel

**Überindividueller Umweltrechtsschutz
im griechischen Verwaltungsrecht** 735

A. Allgemeines zu den Rechtsbehelfen der Öffentlichkeit gegen Verwaltungshandlungen und Unterlassungen in Umweltangelegenheiten 735

B. Die Aufhebungsklage im griechischen Verwaltungsrecht 744

C. Das rechtliche Interesse im Rahmen des umweltrelevanten Aufhebungsklageprozesses 768

D. Vereinbarkeit mit der Aarhus-Konvention 804

E. Fazit 806

3. Kapitel

Verbesserungsansätze und zusammenfassende Anmerkungen 811

A. Würdigung und Verbesserungsansätze 811

B. Rechtsvergleichende Anmerkungen zwischen deutschem und griechischem Recht bezüglich des überindividuellen Umweltrechtsschutzes 817

3. Teil

Überindividueller Umweltrechtsschutz im EU-Recht 829

Einleitung: Umweltrechtsschutzdefizite auf EU-Ebene 831

1. Kapitel

**Grundlagen des Umweltschutzes auf der Ebene
des unionalen Primärrechts** 835

- A. Der Umweltschutz im EU-Primärrecht 835
- B. Fazit 850

2. Kapitel

**Grundlagen und Defizite des Rechtsschutzes auf der Ebene
des unionalen Primärrechts** 852

- A. Der Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes auf unionaler Ebene 852
- B. Über die Nichtigkeitsklage gem. Art. 263 Abs. 4 AEUV 864
- C. Zur Problematik der restriktiven Klagebefugnis nicht privilegierter Drittkläger . 896
- D. Fazit 917

3. Kapitel

**Die Problematik des überindividuellen Umweltrechtsschutzes
in der EU-Rechtsprechung** 922

- A. Überindividueller Rechtsschutz im EU-Recht? 922
- B. Restriktiver Umweltrechtsschutz anhand von ausgewählten Beispielen aus der europäischen Rechtsprechung vor dem Abschluss des Lissabon-Vertrags 930
- C. Auswirkungen 960
- D. Fazit 972

4. Kapitel

**Versuche des EU-Gesetzgebers zur Verbesserung des Rechtsschutzes
nicht privilegierter Kläger** 975

- A. Reaktion des europäischen Vertragsgebers durch den Abschluss des Lissabon-Vertrags 975
- B. Die europäischen Rechtsakte nach dem Lissabon-Vertrag 986
- C. Stellungnahme zum Streit hinsichtlich der Rechtsakte mit Verordnungscharakter 990
- D. Fazit 998

5. Kapitel

Auswirkungen des Art. 263 Abs. 4 Var. 2 und Var. 3 AEUV 1001

- A. Die Auslegung des Art. 263 Abs. 4 Var. 3 AEUV anhand von Beispielen aus der unionalen Rechtsprechung 1001
- B. Auswirkungen 1017
- C. Lösungsansätze 1033
- D. Fazit 1044

6. Kapitel

Umweltrechtsschutz auf sekundärrechtlicher Ebene 1048

- A. Entstehungsgeschichte der AK-VO 1048
- B. Zweck der AK-VO 1051
- C. Interne Überprüfungsverfahren gem. Art. 10 ff. AK-VO 1054
- D. Nichtigkeitsklagen von Nichtregierungsorganisationen vor den EU-Gerichten gegen Beschlüsse der Kommission bezüglich des internen Überprüfungsverfahrens 1077
- E. Lösungsansätze im Rahmen des unionalen Sekundärrechts 1098
- F. Fazit 1115

7. Kapitel

Würdigung 1119

4. Teil

Rückblick und Ausblick 1129

- A. Rückblick 1131
- B. Ausblick 1165

Literaturverzeichnis 1174

Stichwortverzeichnis 1280

Inhaltsverzeichnis

Band I

Vorbemerkung	1
I. Umriss und Bedeutung der Thematik	1
II. Zielsetzung und Methodik	9

1. Teil

Überindividueller Umweltrechtsschutz im deutschen Recht	13
Einleitung: Zur Problematik der Rechtsschutzdefizite im deutschen Umweltrecht	15

1. Kapitel

Das Individualrechtsschutzsystem im deutschen Recht und seine Schwachstellen im Bereich des überindividuellen Umweltrechtsschutzes	27
A. Konzeptionen der Funktion der Rechtskontrolle in der deutschen Rechtsordnung	27
I. Zur Konzeption der objektiven Rechtskontrolle	28
II. Zur Konzeption des subjektiven Rechtsschutzes	29
B. Das subjektive öffentliche Recht in der deutschen Rechtsordnung	31
I. Rechtshistorische Grundlagen	32
II. Zur Definition des subjektiven öffentlichen Rechts	42
III. Die Begründung der Schutznormtheorie	43
IV. Analyse der Voraussetzungen eines subjektiven öffentlichen Rechts	44
V. Unterscheidung zwischen subjektiven öffentlichen Rechten und Rechtsreflexen	50
VI. Die Problematik der Abgrenzung von Allgemein- und Individualinteressen	51
VII. Kritik an der Schutznormtheorie in Bezug auf den Umweltschutz	60
1. Einschränkung der Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes	61
2. Mangelhafte gerichtliche Kontrolle des Staates	62

3. Prozessuales Ungleichgewicht zwischen dem Umweltschutz und der Umweltnutzung	64
4. Einschränkung der Rechtssicherheit	68
VIII. Lösungsansätze der Theorie für eine Neukonzeption der Schutznorm- theorie	68
1. Zum Abbau der Schutznormtheorie durch Grundrechte	69
2. Zum Abbau der Schutznormtheorie durch geeignete Auslegung des einfachen Gesetzes	72
3. Zur Einführung von Eigenrechten der Natur	75
IX. Fazit	78
C. Gesetzliche Grundlagen des deutschen Individualrechtsschutzsystems	81
I. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG – Auswirkungen auf den Bereich des überindividuellen Umweltrechtsschutzes	81
II. Verwaltungsrechtliche Grundlagen des deutschen Individualrechtsschutz- systems (§42 Abs. 2 VwGO i.V.m. § 113 Abs. 1 S. 1, Abs. 5 S. 1 VwGO, § 47 VwGO) – Auswirkungen auf den Bereich des überindividuellen Umweltrechtsschutzes	89
III. Fazit	96
D. Umfang des Umweltschutzes im Grundgesetz	98
I. Kein Grundrecht auf Umweltschutz	98
II. Der ökologische Umweltbegriff	101
III. Eingeschränkter Abwehranspruch gegen Umweltbelastungen im Rahmen des Grundgesetzes	102
IV. Das Umweltstaatsziel gem. Art. 20a GG	105
1. Die anthropozentrische Perspektive des Umweltstaatsziels	108
E. Die Problematik des Drittschutzes im Bereich des materiellen Umwelt- rechts	113
I. Allgemeines	113
II. Zum Drittschutz im Immissions- und Emissionsschutzrecht	113
1. Zu den Begriffen der „Gefahr“ und der „Vorsorge“	114
2. Drittschützende und nichtdrittschützende Normen	117
3. Bedenken gegen die Gefahr-Vorsorge-Dichotomie-Doktrin	125
4. Zur Modifizierung der Gefahr-Vorsorge-Dichotomie-Doktrin	134
III. Zum Drittschutz im Klimaschutzrecht	138
IV. Zum Drittschutz im Atom- und Strahlenschutzrecht	140
V. Zum Drittschutz im Gentechnikrecht	144
VI. Zum Drittschutz im Wasserrecht	146
VII. Zum Drittschutz im Abfallrecht	149
VIII. Zum Drittschutz im Bergrecht	151
IX. Zum Drittschutz im Bodenschutzrecht	151
X. Zum Drittschutz im Natur- und Landschaftsschutzrecht	152

XI.	Zur Problematik der Vergesellschaftung der Zurechnung von Umweltschäden	153
1.	Das USchadG als Mittel zur Bekämpfung der Vergesellschaftung der Zurechnung von Umweltschäden	154
a)	Überblick über die Umwelthaftungs-Richtlinie 2004/35/EG	155
b)	Umweltvereinigungen als Klagebefugte	156
2.	Hauptmerkmale des USchadG	158
a)	Antrags- und Klagebefugnis von Drittbetroffenen und Umweltvereinigungen durch das USchadG	160
XII.	Drittenschutz der Gemeinden	165
XIII.	Fazit	169
F.	Die Rechtsschutzproblematik im Bereich des umweltbezogenen Verwaltungsverfahrensrechts	174
I.	Allgemeines	174
II.	Zur Problematik der Einklagbarkeit von Verfahrensvorschriften	176
1.	Abwägungsfehler bei umweltbezogenen Ermessensentscheidungen ..	181
2.	Beachtlichkeit der Heilungsmöglichkeiten von Verfahrensfehlern	182
3.	Auswirkungen auf den Bereich des Umweltrechtsschutzes	183
a)	Zur Problematik des Drittschutzes im UVP-Verfahren	184
III.	Weitere Rechtsschutzhindernisse im Rahmen des „beschleunigten“ Verwaltungsverfahrens	188
1.	Verkürzung der Antragsfrist gem. § 47 Abs. 2 VwGO	189
2.	Verschärfung der Präklusionsvorschrift des § 47 Abs. 2a VwGO	190
3.	Regelfallzuständigkeit und Verkürzung des Instanzenzuges	191
4.	Erschwerung der Zulassungsberufung	192
5.	Einschränkung des Widerspruchsverfahrens	193
6.	Enge Rüge- bzw. Einwendungsfristen gegen umweltbelastende Vorhaben im Verwaltungsverfahren	193
7.	Eingeschränkte aufschiebende Wirkung von Klagen gegen umweltbelastende Vorhaben	195
IV.	Fazit	198
G.	Ausweitungstendenzen des Umweltrechtsschutzes	201
I.	Allgemeines	201
II.	„Liberalisierung“ des gerichtlichen Zugangs in Umweltangelegenheiten auf staatlicher Ebene als Vorläufer von völkerrechtlichen Umweltverbandsklagerechten	209
III.	Die Unterzeichnung der Aarhus-Konvention und ihre Bedeutung	212
IV.	Zugang zu Rechtsschutzverfahren im Rahmen der Aarhus-Konvention ..	216
V.	Umsetzung der Aarhus-Konvention auf europäischer und nationaler Ebene	224
VI.	Fazit	228

2. Kapitel

Umweltrechtsschutz durch die altruistische Verbandsklage des Bundesnaturschutzgesetzes	232
A. Allgemeines	232
B. Formen der Verbandsklage	238
I. Verbandsverletzte Verbandsklage – Die Problematik der Sperrgrundstücksklage	238
1. Egoistische Verbandsklage	240
2. Altruistische Verbandsklage	241
C. Die Entwicklung der altruistischen Verbandsklage im deutschen Recht vor der Einführung des neuen BNatSchG	242
I. Staatsrechtliche und rechtspolitische Auseinandersetzungen hinsichtlich der Einführung der altruistischen Verbandsklage	242
1. Bedenken gegen die altruistische Verbandsklage	243
2. Begründung der altruistischen Verbandsklage	247
3. Zur Sonderstellung der Umweltschutzvereinigungen	257
II. Landesrechtliche VK vor der Einführung der bundesweiten VK	259
III. Zur Funktion der naturschützenden VK anhand von Beispielen aus der Rechtsprechung	264
IV. Fazit	271
D. Die altruistische naturschützende Verbandsklage auf Bundesebene	273
I. Allgemeines	273
II. Anwendungsbereich	276
1. Befreiungen von Ge- und Verboten	277
2. Planfeststellungsverfahren	282
3. Plangenehmigungen, die an die Stelle einer Planfeststellung treten ...	288
4. Weitere Klagemöglichkeiten nach Landesrecht	290
III. Mögliche Rechtsbehelfe	295
IV. Zulässigkeitsvoraussetzungen	296
1. Geltendmachung eines Widerspruchs gegen naturschutzrelevante Vorschriften	296
2. Berührung von satzungsmäßigen Aufgaben	299
3. Beteiligung im Verwaltungsverfahren	300
4. Präklusionsregelung	301
V. Prüfungsmaßstab bei naturschützender Verbandsklage	304
VI. Übergangsvorschriften	305
VII. Fazit	305

3. Kapitel

Umweltrechtsschutz im Rahmen des UmwRG	309
A. Zur Entstehung des UmwRG	309
B. Anwendungsbereich gem. § 1 UmwRG vom 21.01.2013	319
I. Voraussichtliche Erweiterung des Anwendungsbereichs des UmwRG	333
II. Zum Verhältnis des UmwRG zur Verbandsklage gem. § 64 BNatSchG	333
III. Unionsrechtliche Bedenken	337
IV. Fazit	340
C. Zulässigkeits- und Begründetheitsvoraussetzungen der umweltschützenden VK gem. § 2 UmwRG vom 21.01.2013	340
I. Allgemeines	340
II. Inhaltliche Bestimmung von „Rechtsvorschriften, die dem Umweltschutz dienen und für die Entscheidung von Bedeutung sein können“ gem. § 2 Abs. 1 UmwRG	346
1. Zur Eingrenzung der „Rechtsvorschriften, die dem Umweltschutz dienen“ im Rahmen des UmwRG (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 UmwRG)	347
2. Umweltschützende Rechtsvorschriften, die „für die Entscheidung von Bedeutung sein können“	353
III. Völker- bzw. unionsrechtliche Bedenken gegen § 2 Abs. 1 Nr. 1 UmwRG vom 21.01.2013	354
IV. Auswirkungen von § 2 Abs. 1 Nr. 1 UmwRG vom 21.01.2013	356
1. Zur Frage der Anwendung des UmwRG auf unionsrechtliche und rein nationalrechtliche umweltbezogene Rechtsvorschriften	357
2. Objektivrechtliche umweltbezogene Rechtsvorschriften und Vorsorge-normen zum ersten Mal einklagbar	360
V. Berührung einer Umweltschutzvereinigung im satzungsgemäßen Auf-gabenbereich (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 UmwRG vom 21.01.2013)	362
VI. Die Präklusionsvorschriften des UmwRG vom 21.01.2013	365
1. Die Beteiligungspflicht einer Vereinigung am Verwaltungsverfahren als Zulässigkeitsvoraussetzung	365
2. Voraussetzungen für den Ausschluss von Einwendungen der Umwelt-schutzvereinigungen bei umweltbezogenen Verfahren	368
a) Kritik	375
3. Zur unionsrechtlichen Konformität der Präklusionsvorschriften	379
a) Argumente für die unionsrechtliche Konformität der Präklusions-vorschriften	379
b) Argumente gegen die unionsrechtliche Konformität der Präklu-sionsvorschriften	384
c) Der Vorlagebeschluss Djurgården-Lilla Värtans Miljöskyddsöre-ning/Stockholms kommun genom dess marknämnd	393

d) Der EuGH verwirft deutsche Präklusionsregelungen	395
e) Rechtliche und praktische Folgen	398
4. Lösungsansätze	400
VII. Längere Widerspruchs- und Klagefrist für besondere Fälle (§ 2 Abs. 4 UmwRG vom 21.01.2013)	403
VIII. Begründetheit eines umweltschützenden Rechtsbehelfs	406
1. Begründetheitsvoraussetzungen für Entscheidungen im Rahmen des § 1 Abs. 1 S. 1 UmwRG vom 21.01.2013	406
2. Begründetheitsvoraussetzungen für UVP-pflichtige Bebauungspläne ..	407
a) Verwaltungs- und unionsrechtliche Bedenken	409
IX. Fazit	411
D. Zur Anerkennung von Umweltschutzvereinigungen gem. § 3 UmwRG	415
I. Zur unionsrechtlichen Konformität der Anerkennungsnormen von Umweltschutzvereinigungen	421
II. Fazit	423
E. Rügefähigkeit von Verfahrensfehlern nach § 4 UmwRG	424
I. Allgemeines	424
1. Entstehungsgeschichte	425
II. Inhalt der Verfahrensfehler gem. der Novelle des § 4 Abs. 1 UmwRG vom 21.01.2013	433
1. Unionsrechtliche Bedenken hinsichtlich des Verfahrensfehlerkataloges des § 4 Abs. 1 UmwRG vom 21.01.2013	438
III. Das Urteil des EuGH im Fall „Altrip“	450
1. Anfechtbarkeit von UVP-Verfahrensfehlern	452
2. Billigung der Kausalitätsrechtsprechung	454
3. Schweregrad des geltend gemachten Fehlers	456
4. Umkehrung der Beweislast	457
IV. Der EuGH verwirft den Verfahrensfehlerkatalog des UmwRG vom 21.01.2013	459
1. Zur Verletzung von subjektiv-öffentlichen Rechten des individuellen Klägers als Voraussetzung für die Anfechtung von UVP-Verfahrensfehlern	460
2. Zum Umfang von Verfahrensfehlern im Rahmen des UmwRG	462
3. Zur Entscheidungserheblichkeit von Verfahrensfehlern	463
V. Die Novelle des § 4 UmwRG vom 20.11.2015	467
1. Anfechtung von absoluten Verfahrensfehlern gem. § 4 Abs. 1 UmwRG vom 20.11.2015	468
2. Anfechtung von relativen Verfahrensfehlern gem. § 4 Abs. 1a UmwRG vom 20.11.2015	471
3. § 4 Abs. 1b UmwRG vom 20.11.2015: Vorschriften zur Heilung von Verfahrensfehlern bleiben unberührt	473

4. § 4 Abs. 2 UmwRG vom 20.11.2015: Nichtanwendung des § 4 Abs. 1 bis Abs. 1b UmwRG bei UVP-pflichtigen Bebauungsplänen	473
5. § 4 Abs. 3 UmwRG vom 20.11.2015: Rechtsbehelfe von Beteiligten nach § 61 Nrn. 1 und 2 VwGO (§ 4 Abs. 3 UmwRG)	475
a) Zu einer erweiternden Auslegung der subjektiv-öffentlichen Rechte im umweltbezogenen Verfahrensrecht für Privatkläger	479
VI. Fazit	481
F. Maßgaben zur Anwendung der VwGO (§ 4a UmwRG vom 21.01.2013)	486
I. Allgemeines	486
II. Die Klagebegründungsfrist und die gerichtliche Zurückweisungsmöglichkeit von Erklärungen und Beweismitteln (§ 4a Abs. 1 UmwRG)	488
1. Rechtliche und rechtspolitische Bedenken	490
III. Gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsermächtigung der Behörde (§ 4a Abs. 2 UmwRG)	494
IV. Sonderregelung zum einstweiligen Rechtsschutz im umweltbezogenen verwaltungsgerichtlichen Verfahren (§ 4a Abs. 3 UmwRG)	496
1. Zum Ungleichgewicht des § 4a Abs. 3 UmwRG in Bezug auf die Rechtspraxis	499
V. Zur Geltung des § 4a Abs. 1–3 UmwRG auch für Beteiligte nach § 61 Nr. 1 und 2 VwGO (§ 4a Abs. 4 UmwRG)	501
VI. Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Bedenken	501
VII. Fazit	504
G. Die Übergangs- und Überleitungsvorschrift (§ 5 UmwRG)	505
I. Zeitliche Geltung des UmwRG gem. § 5 Abs. 1 und 4 UmwRG a. F. vom 21.01.2013	506
1. Unionsrechtliche Bedenken	509
2. Das EuGH-Urteil „Altrip“ zur Frage der zeitlichen Anwendbarkeit des § 10a UVP-RL a. F.	512
3. Das EuGH-Urteil in der Rechtssache C-137/14 zur Frage des zeitlichen Geltungsbereichs des UmwRG a. F.	514
II. Die Fassung des § 5 UmwRG vom 20.11.2015	516
III. Fazit	517
H. Die Novelle des UmwRG vom 29.05.2017	518
I. Allgemeines	518
II. Erweiterter Anwendungsbereich gem. § 1 UmwRG vom 29.05.2017 – Fragen hinsichtlich Unions- und Völkerrechtskonformität	519
III. Die problematische Beschränkung der Rügebefugnis und des Kontrollumfangs auf umweltbezogene Rechtsvorschriften gem. § 2 UmwRG vom 29.05.2017	524
IV. Aufhebung materieller Präklusionsvorschriften – Beibehaltung formeller Präklusionsvorschriften	525

V.	Verlängerung der Widerspruchs- und Klagefrist für bestimmte Fälle (§ 2 Abs. 3 UmwRG)	526
VI.	Erweiterte Verfahrensfehler gem. § 4 vom 29.05.2017	527
VII.	Neue Präklusionsvorschrift gem. § 5 UmwRG vom 29.05.2017	528
VIII.	Aufhebung des § 4a UmwRG a.F.	529
IX.	Verlängerung der Klagebegründungsfrist gem. § 6 UmwRG vom 29.05.2017	530
X.	Ausweitung der Heilungsmöglichkeiten bei materiellen Rechtsverstößen gem. § 7 UmwRG vom 29.05.2017	531
XI.	Überleitungsvorschrift gem. § 8 UmwRG vom 29.05.2017	532
XII.	Fazit	533
I.	Sonderfragen hinsichtlich der Umweltrechtsschutzproblematik	534
I.	Zur besonderen Frage der Reichweite der Kontrolldichte in Umweltangelegenheiten	534
II.	Abschrecken von Investoren durch Erweiterung der Klagerechte der Umweltschutzvereinigungen?	537
J.	Würdigung	551

4. Kapitel

	Ausgewählte Vorlagebeschlüsse des EuGH als Wegweiser für die Erweiterung des nationalen überindividuellen Umweltrechtsschutzes	557
A.	Das Trianel-Urteil des EuGH	558
I.	Der Vorlagebeschluss des OVG Münster	558
1.	Sachverhalt	558
2.	Argumentation für ein erweitertes Verbandsklagerecht	559
3.	Inhalt der Vorlagefragen	562
II.	Europarechtswidrigkeit der einschränkenden Klagerechte der Umweltschutzvereinigungen im Rahmen des UmwRG a.F.	563
1.	Argumentation für eine objektivrechtliche Kontrolle von Umweltbelangen durch Umweltschutzvereinigungen	566
2.	Verstoß der eingeschränkten nationalen Rügebefugnis gegen den Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz des EU-Rechts	571
3.	Beschränkung eines Umweltverbandsklagerechts nur auf unionale umweltbezogene Rechtsvorschriften?	575
4.	Unmittelbare Anwendbarkeit des § 10a UVP-RL a.F.	576
III.	Zur unmittelbaren Wirkung des Art. 9 Abs. 2 AK in der deutschen Rechtsordnung	583
IV.	Fazit	587
B.	Die slowakischen Braunbären-Urteile des EuGH	588
I.	Sachverhalt	589

1. Die Vorlagefragen	590
II. Die Aarhus-Konvention als Unionsrecht?	592
III. Die Frage der unmittelbaren Wirkung des Art. 9 Abs. 3 AK	597
IV. Zum eigenständigen Funktionswert des Art. 9 Abs. 3 AK gegenüber Art. 9 Abs. 2 AK	599
V. Auslegungsgrenzen der Aarhus-Konvention im Rahmen des EU-Rechts .	602
1. Zielvorgaben des effektiven Umweltschutzes bzw. Umweltrechts- schutzes im Rahmen der AK als innerstaatliche Auslegungsgrund- sätze	604
2. Art. 9 Abs. 3 AK als Annex zur umweltrechtlichen Kompetenzgrund- lage der EU	610
3. Erweiterte innerstaatliche Verbandsklagemöglichkeiten gem. Art. 9 Abs. 3 AK	613
a) Eingrenzung der Verbandsklagemöglichkeiten gem. Art. 9 Abs. 3 AK aus der Sicht des Aarhus Compliance Committee	616
4. Keine vorbehaltlose Öffnung des Umweltrechtsschutzes gem. Art. 9 Abs. 3 AK	618
VI. Das slowakische Braunbären II-Urteil	622
VII. Fazit	623

5. Kapitel

**Tendenzen der deutschen Rechtsprechung zur Erweiterung
des überindividuellen Umweltrechtsschutzes** 626

A. Unterschiedliche Positionen hinsichtlich des Umfangs der Verbandsklage- rechte	627
B. Das Grundsatzurteil des BVerwG vom 05.09.2013 – 7 C 21.12	631
I. Sachverhalt	631
II. Argumentation	633
1. Keine Ableitung einer Verbandsklagebefugnis aus § 42 Abs. 2 HS 1 VwGO	634
2. Ableitung einer Verbandsklagebefugnis aus § 42 Abs. 2 HS 2 VwGO	635
3. Klagebefugte Umweltschutzvereinigungen	638
4. Eine Umweltvereinigung darf ein fremdes Interesse zum eigenen An- liegen machen – Begründung	641
5. Zur Frage der Beschränkung der Umweltverbandsklage auf die Ver- letzung unionsrechtlich begründeter umweltbezogener Vorschriften ..	648
III. Auswirkungen des BVerwG-Urteils vom 05.09.2013 – 7 C 21.12 auf das deutsche Recht	650
1. Schwächung der Strukturfunktion der Schutznormdoktrin	651
2. Mögliche Erweiterung des Anwendungsbereichs von Verbandsklagen und Vereinfachung der Klagebefugnis	652

3. Rechtliche Inkonsistenzen	654
4. Vorrang der Rechtsbehelfe nach § 2 Abs. 1 UmwRG und § 64 BNatSchG	655
5. Übertragung der erweiterten Umweltverbandsklage auf die Normen- kontrollbefugnis	656
6. Keine zwingende Beseitigung des Individualrechtsschutzsystems	657
IV. Fazit	659

6. Kapitel

Wege zum effektiven überindividuellen Umweltrechtsschutz auf nationaler Ebene 662

A. Allgemeines	662
B. Lösungsansätze im Rahmen des Bundesrechts	663
I. Erforderliche Unterscheidung von Umweltverbands- und Individualklage durch Gesetz	664
II. Zur Einführung eines allgemeinen umweltschutzrechtlichen Verbands- klagerechts	665
III. Zur fortzusetzenden Erweiterung der Klagebefugnis für Private und Ge- meinden	672
1. Zur fortzusetzenden Erweiterung der Klagebefugnis für Private	675
2. Zur fortzusetzenden Erweiterung der umweltschützenden Klagebefug- nis für Gemeinden	678
3. Zur Einführung eines Grundrechts auf Umweltschutz	683
IV. Fazit	686

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zahl der Klagen und Entscheidungen (Verfahren) nach Ländern und insgesamt	255
Tabelle 2: Erfolgsquote der Klagen im Zeitraum 2002 bis 2006	255
Tabelle 3: Erfolgsbilanz nach Klagegegenständen für den Zeitraum 2002–2006 (1997–1999)	256
Tabelle 4: Zahl der Klagen und Verfahren	542
Tabelle 5: Klagen mit Verfahren über ein oder mehrere Instanzen	544
Tabelle 6: Ergebnisse der Klagen im Zeitraum 2007 bis 2010	548
Tabelle 7: Ergebnisse der gerichtlichen Entscheidungen (Verfahren) 2007 bis 2010	548
Tabelle 8: Erfolgsbilanz nach Klagegegenständen für den Zeitraum 2007–2010 (2002–2006)	550

Abkürzungsverzeichnis

I. Abkürzungen von grundlegenden deutschen und englischen Termini

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AAR	Journal of the American Academy of Religion
AbfallR	Zeitschrift für das Recht der Abfallwirtschaft
AbfG	Abfallgesetz
ABl.	Amtsblatt
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACCC	Aarhus Convention Compliance Committee
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AGBG	Gesetz über die allgemeinen Geschäftsbedingungen
AgrarR	Agrar- und Umweltrecht, Zeitschrift für das Gesamte Recht der Landwirtschaft, der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
AK	Aarhus-Konvention
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Ausg.	Ausgabe
A-VK	Aufhebungsantragsverbandsklage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
Az.	Aktenzeichen
BArtSchVO	Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten
BauR	Baurecht
BayAGVwGO	Bayerisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf.	Bayerische Verfassung
BB	Betriebs-Berater

BbgNatSchG	Brandenburgisches Naturschutzgesetz
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung der Altlasten
BDVR	Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen
Beih.	Beiheft
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGleiG	Bundesgleichstellungsgesetz
BGStG	Bundesbehindertengleichstellungsgesetz
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnungen
BlnNatSchG	Berliner Naturschutzgesetz
BNatNeuReg	Bundes-Natur-Neuregelungsgesetz
BNatSchG	Bundes-Naturschutzgesetz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BremNatSchG	Bremisches Naturschutzgesetz
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BThZ	Berliner Theologische Zeitschrift
Buchst.	Buchstabe
BUND	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e. V.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts
BVerwGG	Gesetz über das Bundesverwaltungsgericht
CDE	Cahiers de droit européen
CLJ	The Cambridge Law Journal
CML Rev.	Common Market Law Review
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DV	Die Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
EAG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)
ECHA	European Chemical Agency
Ed.	Edition

EEA	European Environmental Agency
EEB	European Environmental Bureau
EEELR	European Energy and Environmental Law Review
EELR	European Environmental Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGPA	European Group of Public Administration
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
ELNI	Environmental Law Network International
ELR	Environmental Law Review
E.L.Rev	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ENV L REV	Environmental Law Review
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EPAW	European Platform Against Windfarms
E.P.L.	European Public Law
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-GRCh	Grundrechte-Charta der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Zeitschrift Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FEE	Friends of the Earth Europe
FFH-Gebiet	Flora-Fauna-Habitat-Gebiet
FFH-Richtlinie	Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen
Fn.	Fußnote
FoR	Forum Recht
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz

GA/GAin	Generalanwalt/Generalanwältin
GALA	General Administrative Law Act of the Netherlands
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik
GenTSV	Verordnung über die Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen
Gez.	Gesetz
g. F.	geänderte Fassung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gr.	griechisch
gr. BGB	griechisches bürgerliches Gesetzbuch
gr. V.	griechische Verfassung
gr. Zeitschr.	griechische Zeitschrift
gr. ZPO	griechische Zivilprozessordnung
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVO	gentechnisch veränderter Organismus
Ha	Hektar
HandwO	Handwerksordnung
HARVINT'L J.J.	Harvard International Law Journal
HdUR	Handwörterbuch des Umweltrechts
HENatG	Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
HessAGVwGO	Hessisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
HFR	Humboldt Forum Recht
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HmbNatSchG	Hamburgisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege v. 2.7.1981
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in dem Sinne
IDUR	Informationsdienst Umweltrecht e. V., Schnellbrief
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel
IEEP	Institute for European Environmental Policy
IE-RL	Industrieemissions-Richtlinie
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere

insg.	insgesamt
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
i. S. d.	im Sinne des bzw. der
IsLR	Irish Student Law Review
i. S. v.	im Sinne von
IUR	Informationsdienst für Umweltrecht
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU-RL	Richtlinie des Rates über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung 96/61 EG
IWF	Internationaler Währungsfond
JA	Juristische Arbeitsblätter
JEEPL	Journal for European Environmental and Planning Law
JEL	Journal of Environmental Law
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JPL	Journal of Planning & Environment Law
jurOP	Offenes juristisches Informationsprojekt
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen-Zeitschrift
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KJ	Kritische Justiz
KommJUR	Kommunaljurist
krit.	kritisch
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Lfg.	Lieferung
LG	Landesgericht
LG NRW	Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft von Nordrhein-Westfalen
LIEI	Legal Issues of Economic Integration
lit.	Littera
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LMRR	Lebensmittelrecht Rechtsprechung
LMuR	Lebensmittel und Recht
LNatG M-V	Naturschutzgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
LNatSchG-NW	Naturschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
LNatSchG S-H	Naturschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein
LPfIG	Landespflegegesetz
Ls.	Leitsatz
LTO	Legal Tribune Online
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LZG	Landes Zivilgericht
m	Meter

MBPIG	Magnetschwebebahnplanungsgesetz
MDR	Monatsschrift des deutschen Rechts
m. E.	meines Erachtens
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NABU	Naturschutzbund Deutschland e. V.
NAGBNatSchG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz
NatSchG Bln	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (v. 10.07.1999)
NatSchG LSA	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
n. F.	neue Fassung
NGO	Non-governmental organisation
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NNatG	Niedersächsisches Gesetz zum Naturschutz
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRO	Nichtregierungsorganisation
NRPO	Naturschutz in Recht und Praxis-Online
NS-RAC	North-Sea Regional Advisory Council
NS-Zeit	Nationalsozialismus-Zeit
NuL	Natur und Landschaft
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
ÖBG	Gesetz über die Öffentlichkeitsbeteiligung in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG
ÖB-RL	Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie
O.E.C.D.	Organization for Economic Co-Operation and Development
Ofo	Orthodoxes Forum
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OLAF	Office Européen de Lutte Anti-Fraude
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAN	Pesticide Action Network
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PersV	Die Personalvertretung
PG	Patrologia Graeca

PM	Partikel (Particulate Matter)
PÖ	Politische Ökologie
PrOVG	Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichtes
PVO	Präsidentialverordnung
REACH-VO	Verordnung für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien (EG-VO Nr. 1907/2006)
REALaw	Review of European Administrative Law
RECIEL	Review of European Community & International Environmental Law
Reg.Bl.	Regierungsblatt
RegE	Regierungs-Entwurf
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz bzw. Seite
s.	siehe
SächsNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege im Freistaat Sachsen
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter
SE	Europäische Aktiengesellschaft-Societas Europaea
SeeAnIV	Seeanlagenverordnung
Slg.	Sammlung
SNG	Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland – Saarländisches Naturschutzgesetz
s. o.	siehe oben
SSRN	Social Science Research Network
STAGE	Science, Technology and Governance in Europe
StandAG	Standortauswahlgesetz
s. u.	siehe unter
SUP-RL	Strategische Umweltprüfung Richtlinie
T.	Teil
TAC	Total Allowable Catch
TA-Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter
TierSchG	Tierschutzgesetz
u. a.	und andere bzw. unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
übers.	übersetzt
UfU	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V.

UGB-KomE	Entwurf eines Umweltgesetzbuches der unabhängigen Sachverständigenkommission
$\mu\text{g}/\text{m}^3$	micrograms per cubic meter of air/Mikrogramm pro Kubikmeter Luft
UH-RL	Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung der Umweltschäden
UIG	Umweltinformationsgesetz
UI-RL	Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt
UKlaG	Unterlassungsklagengesetz
UmwRG	Umweltrechtsbehelfsgesetz
UmwRGÄndG	Gesetz zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes und anderer umweltrechtlicher Vorschriften
UNCHE	United Nations Conference on the Human Environment
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UPR	Umwelt und Planungsrecht
USchadG	Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden
UTR	Schriftenreihe des Instituts für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPg	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz
UV-Vorprüfung	Umweltverträglichkeitsvorprüfung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VA	Verwaltungsakt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerfO/EuGH	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VK	Verbandsklage
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VorlThürNatG	Vorläufiges Thüringer Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigungen der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz

WECF	Women in Europe for a Common Future
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
W.P.	Working Paper
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)
WVRK	Wiener Vertragskonvention
WWF	World Wildlife Fund
YEEL	Yearbook of European Environmental Law
YEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAU	Zeitschrift für angewandte Umweltforschung
z. B.	zum Beispiel
ZeuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfB	Zeitschrift für Bergrecht
ZfBR	Zeitschrift für Baurecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZsfgRw	Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
zust.	zustimmend

II. Abkürzungen von grundlegenden griechischen Termini

Αρμεν.	Αρμενόπουλος	Armenopoulos
Δ	Δίκη	Gerichtsprozess
ΔιΔικ (gr. Zeitschr.)	Διοικητική Δίκη	Verwaltungsgerichtsprozess
ΔτΑ	Δικαιώματα του Ανθρώπου	Zeitschrift für Menschenrechte
ΕΑ-ΣτΕ	Επιτροπή Αναστολών. ΣτΕ	Aussetzungsausschuss des Staatsrates
EEN (gr. Zeitschr.)	Εφημερίς Ελλήνων Νομικών	Zeitschrift der griechischen Juristen
ΕΔΔ (gr. Zeitschr.)	Εφαρμογές Δημοσίου Δικαίου	Zeitschrift für die Anwendung des öffentlichen Rechts
ΕΔΔΔ (gr. Zeitschr.)	Επιθεώρηση Δημοσίου και Διοικητικού Δικαίου	Rundschau des öffentlichen und Verwaltungsrechts
ΕΔΚΑ	Επιθεώρηση Δικαίου Κοινωνικών Ασφαλίσεων	Rundschau des Sozialversicherungsrechts
ΕλλΔνη (gr. Zeitschr.)	Ελληνική Δικαιοσύνη	Hellenische Justiz

ΕΟΤ	Ελληνικός Οργανισμός Τουρισμού	Hellenische Tourismus- organisation
ΕφημΔΔ (gr. Zeitschr.)	Εφημερίδα Διοικητικού Δικαίου	Zeitschrift für Verwaltungs- recht
Κ.Υ.Α.	Κοινή Υπουργική Απόφαση	Gemeinsame Ministerialent- scheidung
π.δ. (zit. ΡVΟ)	προεδρικό διάταγμα	Präsidentialverordnung
ΝκΦ (gr. Zeitschr.) ¹	Νόμος και Φύση	Gesetz und Natur
ν.δ. (zit. GVO)	νομοθετικό διάταγμα	Gesetzesverordnung
ΝοΒ (gr. Zeitschr.)	Νομικό Βήμα	Juristisches Tribunal
ΠερΔικ (gr. Zeitschr.)	Περιβάλλον και Δίκαιο	Umwelt und Recht
ΣτΕ	Συμβούλιο της Επικρατείας	griechischer Staatsrat
ΤΑΙΠΕΔ	Ταμείο Αξιοποίησης Ιδιωτικής Περιουσίας του Δημοσίου	Kasse für die Verwertung des privatrechtlichen Ver- mögens des öffentlichen Staates
ΤοΣ (gr. Zeitschr.)	Το Σύνταγμα	Die Verfassung
ΦΕΚ	Φύλλο Εφημερίδας της Κυβερνήσεως	Griechisches Amtsblatt

¹ Seit April 1994 als elektronische Zeitschrift zugänglich unter: <http://www.nomos.physis.org.gr>.

Vorbemerkung

I. Umriss und Bedeutung der Thematik

Dieses Werk befasst sich überwiegend mit der Problematik des überindividuellen Umweltrechtsschutzes in der deutschen, griechischen und europäischen öffentlichen Rechtsordnung am Beispiel der altruistischen Verbandsklage. Es besteht aus vier Teilen. In den ersten drei Teilen wird die Problematik des überindividuellen Umweltrechtsschutzes in den einzelnen Rechtsordnungen des deutschen (Teil 1), griechischen (Teil 2) und europäischen Rechts (Teil 3) analysiert. Jeder von diesen Teilen beinhaltet eine eigene Einleitung hinsichtlich des Untersuchungsgegenstands und des Stands der Diskussion.¹ An dieser Stelle dagegen folgen allgemeine Vorbemerkungen hinsichtlich des Umrisses des in der vorliegenden Arbeit behandelten Themas sowie ihrer Methodik und Ziele. Der letzte Teil (Teil 4) enthält einen zusammenfassenden Rückblick auf die abgehandelte Thematik sowie einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft. Aufgrund des Umfangs dieser Arbeit ist sie in zwei Bände aufgeteilt. Band I befasst sich mit dem oben genannten Teil 1, während Band II die oben genannten Teile 2, 3 und 4 umfasst. Am Ende des Bandes II befindet sich das Literaturverzeichnis für die gesamte Arbeit.

Unter dem Begriff „überindividueller Umweltrechtsschutz“ wird im Rahmen des hier zu untersuchenden Themas der gerichtliche Schutz umweltbezogener öffentlicher Interessen verstanden.² Diese sind die öffentlichen Interessen, die die umweltbezogenen Belange der Allgemeinheit (etwa den Schutz der Umweltmedien wie Boden, Luft, Wasser, klimatische Bedingungen, Biosphäre)³ betreffen. Der Begriff „überindividueller Rechtsschutz“ betrifft die Interessen, die nicht auf ein Individuum beschränkt sind.⁴ Dieser Begriff dient somit der Abgrenzung zum „individuellen Rechtsschutz“, der den Rechtsschutz von rein subjektiven Interessen, also Interessen, die sich ausschließlich auf ein Individuum beschränken, umfasst (sog. Individualinteressen).

¹ s. u. 1. Teil, Einleitung; 2. Teil, Einleitung; 3. Teil, Einleitung.

² Vor allem im zeitgenössischen pluralistischen Staatswesen ist allerdings immer wieder fraglich, was zu den öffentlichen Interessen gehört. Denn sie liegen nicht ein für allemal fest, sondern sie sind eher dem Wandel der Zeit unterworfen. Vgl. *H. Maurer*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 2011, § 1, Rn. 10; *P. Häberle*, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, 2006, S. 32 ff., m.w.N.

³ Mehr zum Umweltbegriff s. u. 1. Teil, 1. Kap., D., II.

⁴ *S. Schlacke*, Überindividueller Rechtsschutz, 2008, S. 10, m.w.N.

Je nach Fall können sich die öffentlichen Interessen mit Individualinteressen ganz oder teilweise decken, sie können aber auch den Individualinteressen entgegenstehen. Dies geschieht häufig im Rechtsgebiet des Umweltrechts, wobei regelmäßig der Schutz von umweltbezogenen öffentlichen Interessen (etwa der Schutz der Flora und Fauna) mit der Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen konkurriert. Demzufolge ist eine absolute Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Interessen abzulehnen. Überindividueller Rechtsschutz ist somit eher ein Komplementärmodell zum subjektiven Rechtsschutz, der durch überindividuelle Rechtsbehelfe auf die Beseitigung rechtlich oder faktisch bedingter Durchsetzungsschwächen nicht rein subjektiver Interessen abzielt.⁵

Im Vordergrund des Begriffs des „überindividuellen Umweltrechtsschutzes“ stehen also beeinträchtigte umweltrechtliche öffentliche Interessen, die der Allgemeinheit dienen und regelmäßig dem objektiven Recht zuzuordnen sind.⁶ Es muss beachtet werden, dass dieser Begriff Verfahrensgestaltungen nicht ausschließt, die für den Zugang zu Gerichten eine subjektive Rechtsverletzung voraussetzen, gleichwohl aber schwerpunktmäßig eine objektive und damit eine überindividuelle Rechtskontrolle bezwecken.⁷ Dazu gehören insbesondere Fallkonstellationen, bei denen der Kläger drittbetroffen ist, d.h., dass er von einem belastenden Verwaltungsakt, der Umweltgüter beeinträchtigt, faktisch betroffen ist, ohne aber Adressat dieses Verwaltungsaktes zu sein.⁸ Die Analyse des überindividuellen Umweltrechtsschutzes im deutschen Recht wird prinzipiell auf verwaltungsgerichtliche Klagemöglichkeiten (vor allem Anfechtungsklagen) von Drittklägern in Umweltangelegenheiten begrenzt. Andererseits beschränkt sich die Analyse der gleichen Thematik im griechischen Recht auf verwaltungsgerichtliche Klagemöglichkeiten (vor allem Aufhebungsklagen) von Dritten. Weitere Rechtsmittel wie Normenkontrolle oder Anordnung des sofortigen Vollzugs werden berücksichtigt, soweit sich für sie gesonderte Konsequenzen ergeben.

Es muss unterstrichen werden, dass dem Referenzgebiet des nationalen und europäischen Umweltrechts gerade für die Entwicklung überindividueller Klagebefugnisse eine herausragende Bedeutung zukommt. Angesichts der Tatsache, dass das Umweltrecht grundsätzlich durch Rechtsnormen objektiven Charakters geprägt ist, gilt es als Prototyp eines Rechtsgebiets überindividueller Interessen und Rechte, zumal es für deren gerichtliche Durchsetzung prädestiniert ist. Dabei wirken im Sachgebiet Umweltrecht häufig voneinander unabhängige völkerrecht-

⁵ S. Schlacke, § 42 VwGO, in: K.-F. Gärditz (Hrsg.), VwGO-Komm., 2013, S. 247 ff., Rn. 1 ff., m.w.N. zu M. Capelletti, General Report, in: J. A. Jolowicz (Hrsg.), Public Interest Parties and the Active Role of the Judge in Civil Litigation, 1975, S. 22 ff.

⁶ W. Skouris, Verletzenklagen und Interessentenklagen im Verwaltungsprozess, 1979, S. 219.

⁷ S. Schlacke, Überindividueller Rechtsschutz, 2008, S. 10.

⁸ K.-F. Gärditz, § 42 VwGO, in: ders. (Hrsg.), VwGO-Komm., 2013, Rn. 74.

liche, unionsrechtliche und nationale Rechtsentwicklungen zusammen, die insgesamt auf die Einführung überindividueller Klagebefugnisse abzielen.⁹ Denn für einen effektiven überindividuellen Umweltrechtsschutz sind vor allem die umweltrechtlichen überindividuellen Klagebefugnisse bzw. Rechtsbehelfe maßgeblich.¹⁰

Da das Rechtsgebiet des Umweltrechts die längste öffentlich-rechtliche Tradition überindividueller Klagebefugnisse aufweist, auf dem spezielle Rechtsschutzformen und Rechtsschutzinstrumente (wie die hier zu untersuchende altruistische Verbandsklage) erkennbar werden, ähnelt es einem Laboratorium, in welchem die Grenzen des Umfangs des überindividuellen Rechtsschutzes ständig geprüft und verarbeitet werden.¹¹ Denn die Rechtspraxis zeigt bisher, dass die Reichweite des überindividuellen Umweltrechtsschutzes nicht immer eindeutig festgelegt ist. Vielmehr hängt sie von der sich wandelnden Entwicklung des Rechts ab, die wesentlich von der Entwicklung der Technik und der Technologie beeinflusst und geprägt ist.¹² Infolgedessen erweist sich die Bestimmung und Abgrenzung des überindividuellen Umweltrechtsschutzes im nationalen, unionalen und völkerrechtlichen Recht als besonders problematisch.

Insbesondere in Rechtsordnungen, die sich für ein Individualrechtsschutzsystem entschieden haben (z.B. die hier zu untersuchende deutsche öffentliche Rechtsordnung), bleiben objektive umweltrelevante Rechte und Interessen, soweit deren Beeinträchtigung nicht auch subjektive Rechte und Interessen verletzt, weitgehend ohne gerichtlichen Schutz (Verletztenklagemodell). Denn die Kontrolle der Einhaltung objektiver Rechtsnormen obliegt in diesen Fällen der Exekutive und nicht der Judikative.¹³ Offensichtlich weisen die Umweltmedien unter dem bisher geltenden anthropozentrischen Verständnis des Rechts keine rechtliche Persönlichkeit auf. Sie können daher nicht klagebefugt sein.¹⁴

Aber auch in Rechtsordnungen (etwa der hier zu untersuchenden griechischen Rechtsordnung¹⁵), die dem Rechtsschutzmodell der objektiven Rechtskontrolle (Interessentenklagemodell) folgen, oder in Rechtsordnungen, die einem Mittelweg zwischen dem Modell des Individualrechtsschutzes und der objektiven Rechtskontrolle folgen (etwa die ebenfalls hier zu untersuchende unionale Rechts-

⁹ S. Schlacke, *Überindividueller Rechtsschutz*, 2008, S. 10.

¹⁰ *Ebd.*, S. 11.

¹¹ *Ebd.*, S. 20.

¹² Vgl. u.a. D. Murswiek, Die staatliche Verantwortung für die Risiken der Technik, 1985, S. 71 ff.; W. Berg, JZ 1985, S. 401 ff.; ders., GewArch 1978, S. 281 ff.; S. Schaltegger/R. Frey, ZfU 2001, S. 341 ff.

¹³ Mehr zum Individualrechtsschutzsystem der deutschen Verwaltungsgerichtsordnung s. u. 1. Teil, 1. Kap., B. ff.

¹⁴ Vgl. u.a. M. Kloepfer, Anthropozentrik, Freiheit und Umweltschutz in rechtlicher Sicht, 1995, S. 24 ff.

¹⁵ Mehr dazu s. u. 2. Teil, 1. Kap., A. ff.